

Indiens Demokratie mit Lücken

Konferenz in Heidelberg

Theodor Rathgeber

Am 28. und 29. Juni fand am Südasien-Institut (SAI) in Heidelberg eine Konferenz zur Zukunft der indischen Demokratie statt (*Conference on the Future of Indian Democracy, CFID*).¹ Das Programm sah eine kritische Nachbetrachtung der kurz zuvor durchgeführten Wahlen zur *Lok Sabha* (nationales Parlament) sowie einen Ausblick vor, der politische Grundströmungen mit dem Wahlausgang in Verbindung zu setzen versuchte. Der Autor stellt einige Beiträge vor.

Die indischen Wähler/-innen hatten signalisiert, dass sie eine Hegemonie der indischen Volkspartei BJP (*Bharatiya Janata Party*) nicht wollten. Statt einer allmächtigen BJP mit ihrem Projekt der hindunationalistischen *Hindutva* wollten sie einen Wandel der Politik zugunsten von Arbeitsplätzen, sozialer Gerechtigkeit, Schutz der Vielfalt und der Minderheiten sowie einen säkularen Staat mit rechtsstaatlichen Grundprinzipien. Mit ihrem Wahlverhalten haben sie die demokratischen Tugenden und Praktiken Indiens eindrucksvoll untermauert. Die Konferenz über die Zukunft der indischen Demokratie (CFID) beleuchtete verschiedene Aspekte der demokratischen Struktur in Indien wie ebenso ihre Schwachstellen.

Robuste Demokratie?

Die Debatte über die indische Demokratie eröffnete der ehemalige Parlamentsabgeordnete und Kabinettsminister einer vom *Congress* geführten Unionsregierung, Mani Shankar Aiyar.² Selbstkritisch merkte er an, dass die Demokratie in Indien nicht erst durch die BJP an Wirksamkeit eingebüßt hatte. Die Demokratiebeobachtungsstelle *The Varieties of Democracy Institute* (V-Dem) begann bereits 2008 mit der kritischen Observierung Indiens.³ Die stetige Aushöhlung der po-

litischen und bürgerlichen Freiheiten, der institutionellen Kontrolle der Exekutivgewalt und der Unabhängigkeit der Gerichte erfuhren jedoch seit der Regierungsübernahme durch die BJP eine signifikante Beschleunigung.

Mani Shankar Aiyar beleuchtete ebenfalls das Nord-Süd-Gefälle in Indien, die Polarisierung zwischen einem reichen Süden und einen ideologisch kämpfenden Norden, der in beiden Teilen Indiens das Gefühl der Ungleichheit und Ungerechtigkeit entstehen ließ. Unter die Räder geriet durch die Vorherrschaft der BJP nicht zuletzt die Idee des Dissens', historisch gewachsene Werte und Institutionen der Republik erodierten.

Harsh Mander, der immer wieder selbst mit dieser Situation konfrontiert war und ist, schilderte die große Anzahl seiner eigenen Beispiele mit der Einschränkung demokratischer Grundrechte durch die Verwaltung und Sicherheitsorgane. Er berichtete von der Erfahrung von Millionen von Arbeitsmigrant(inn)en, die während der abrupten Abriegelung während der COVID-19-Periode 2021 nach Hause marschierten, um überhaupt ein Dach über dem Kopf und eine soziale Versorgung in Aussicht zu haben. Dabei erlebten sie ein nahezu komplettes Staatsversagen. Einen öffentlichen Nahverkehr gab es nicht mehr, die klas-

sischen Versorgungsmöglichkeiten unterwegs gab es ebenso wenig und waren verboten, Unterkünfte durften ihre Funktion nicht ausüben. Dissens, der in Indien nicht nur bei Intellektuellen gepflegt wird, war nicht mehr zugelassen.

Indien, bekannt für seine Debatte-tenkultur, kannte offiziell nur noch eine einzige Autorität, einen einzigen Führer. Harsh Mander verwies gleichzeitig darauf, dass Faschismus kein eingetretener Zustand, sondern ein – schleichender – Prozess ist, in den interveniert werden kann. In diesem Zusammenhang wurde ebenso die Rolle der hindunationalistischen Kaderorganisation RSS (*Rashtriya Swayamsevak Sangh*) analysiert, die inzwischen fast jeden Bereich des alltäglichen Lebens durchdrungen hat.

Der Zustand der indischen Medien zeigte ein ähnliches Bild, resümierte Seema Chishti, Chefredakteurin der Internetplattform *The Wire*. Sie zitierte die Rangliste der Pressefreiheit (*World Press Freedom Index*) von Reporter ohne Grenzen aus dem Jahr 2024. Demnach lag Indien auf Platz 159 von 180 Ländern. Indien hatte sich bislang als blühende Demokratie verstanden und verfügte über eine abwechslungsreiche, unabhängige Presse, die von anderen Nationen wegen ihrer vielfältigen Berichterstattung bewundert wurde. In den letzten zehn Jahren hat

sich die Presselandschaft jedoch weitgehend zu einem Sprachrohr der Regierung entwickelt und weist eine hochgradig konzentrierte Medienbesitzstruktur auf. Für die Annahme, eine Säule der Demokratie zu sein, sind dies keine guten Belege.

Die Einflussnahme der Regierung und der BJP auf Fernsehen, Radio und Printmedien sind kein Geheimnis. Im Gegenteil: Pegasus-Spionageprogramme, Hackerangriffe, Razzien



Demokratie in Indien – mehr als nur Wahlen.

Bild © The Leaflet

bei Nachrichtenorganisationen wie der BBC und lokalen Zeitungen sowie Scheinanklagen gegen investigative Journalist(inn)en sind als Nachrichten zugänglich. Nachrichtenplattformen im Internet können sich zwar noch in einem eher restriktionsarmen Raum betätigen. Aber auch hier breitet sich die Gewalt gegen unbequeme Journalist(inn)en aus bis hin zur strafrechtlichen Verfolgung. Die Pressefreiheit in der „größten Demokratie der Welt“ befindet sich, beginnend mit 2014, der Regierungsübernahme durch Premierminister Narendra Modi und der BJP mit ihrer hindunationalistischen Strategie, in einer Krise.

Demokratie nicht ohne Muslime

Die Marginalisierung der indischen Muslime war ein nächster Punkt auf der Agenda der Konferenz. Rasheed Ahmed, Exekutivdirektor des *Indian American Muslim Council* (IAMC) er-

läuterte die Situation, dass selbst die Beziehungen zwischen muslimischen Gemeinschaften in Indien und den USA wie auch mit Kanada Gegenstand staatlicher Observierung durch indische Behörden geworden sind. Erweitert und vertieft wurde der Aspekt der Diskriminierung durch Christoph Jaffrelot, der Studien und eigene Untersuchungen dazu präsentierte.

Exemplarisch hob er hervor, dass in den gehobenen Dienstgraden im Polizeikorps (*Indian Police Service*) deutlich weniger Muslime tätig sind, als ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprechen würde (rund 15 Prozent). Gleiches gilt für den allgemeinen höheren Dienst in der öffentlichen Verwaltung (*Indian Administrative Service*). In der *Lok Sabha*, dem Unterhaus und eine Säule der Demokratie, machen muslimische Abgeordnete in der jetzigen 18. Legislaturperiode weniger als fünf Prozent aller Parlamentsmitglieder aus. Das ist die geringste Anteilsrate in den letzten sechs Jahrzehnten.

Insgesamt handelt es sich um 24 Abgeordnete, und davon gehört keiner der BJP an. Die *Congress*-Partei (*National Congress Party*) führt mit sieben Abgeordneten muslimischen Glaubens die Liste derjenigen Parteien an, die Muslime in ihren Reihen haben. Dies entspricht rund sieben Prozent an der Gesamtzahl der Kongressabgeordneten – das erste Mal seit 1989, dass der Kongress die Sieben-Prozent-Marke wieder überschreitet. Sozio-ökonomische Faktoren beschränken die Anteile muslimischer Personen in anderen Sektoren, einschließlich öffentlicher Universitäten.

Yasmin Saikia und Aman Wadud erläuterten ebenfalls die Politik der Ausgrenzung von Muslimen und Musliminnen seitens der BJP in der Union wie in den Bundesstaaten. Eines der bekanntesten und um-

strittensten Beispiele stellt die Reform des Gesetzes zur Staatsbürgerschaft von 2019 dar, der *Citizenship Amendment Act* (CAA). Der CAA ist juristisch und staatsrechtlich umstritten, da zum ersten Mal ein allgemeines Gesetz die staatsbürgerlichen Rechtssubjekte nach ethnischen Kriterien unterteilt und vormals aus Nachbarländern geflüchtete Muslime oder Musliminnen vom Anspruch auf Staatsbürgerschaft ausschließt. Der CAA wurde 2019 verabschiedet, die BJP-geführte Landesregierung in Assam übertrug das Gesetz jedoch erst am 11. März 2024 in die Landesgesetzgebung. Die Vermutung liegt nahe, dass die Landesregierung so wenige Wochen vor den Parlamentswahlen Wahlvorteile im Blick hatte.

Weitere Hinweise zu den hinduistisch-muslimischen Beziehungen unterstrichen die Verzerrung in den Beziehungen, die seit dem Machtantritt der BJP 2014 das Grundprinzip der Toleranz bedroht. So wurde länger über die zwangsweise Auflösung des vormaligen Bundesstaates Jammu und Kaschmir debattiert.

Kronjuwelen der indischen Demokratie

Die Aushöhlung der Unabhängigkeit der Justiz sowie der Wahlkommission war zentrales Thema bei Prashant Bhushan, der als Autor und Rechtsanwalt am *Supreme Court* viele Veränderungen im konstitutionellen Bereich hautnah erlebt und aufgearbeitet hat. Er selbst war wesentlich an der juristisch wie gesellschaftlich sehr kontrovers geführten Debatte und Fallentscheidung zu den Wahlanleihen (*Electoral Bonds*) beteiligt. Ein Skandal, dessen Lösung mit einem ablehnenden Urteil durch den *Supreme Court* im Februar 2024 immerhin sechs Jahre auf sich warten ließ. Verbunden damit war die Frage nach dem grundsätzlichen *Quid-pro-quo* (auf Gegenleistung beruhende Vereinbarung) zwischen der Justiz und der politischen Klasse.

Prashant Bhushans Antwort muss bis jetzt beunruhigen, denn unbeschadet des Wahlausgangs sind die Hauptakteure des undurchsichtigen und politisch eingefärbten Verfahrens noch vorhanden und aktiv. Immerhin empfinden einige Akteure auch innerhalb der Justiz diesen Fall als einen schwarzen Fleck auf dem Gewand des Justizsystems, von dem sie inständig hoffen, dass er beseitigt wird. Für die Fragestellung der Konferenz war die Schlussfolgerung besonders bedeutsam, dass die beständigen Debatten rund um diesen Fall nicht nur das Problem, sondern auch die Rolle der Justiz ins Rampenlicht stellen und dazu beitragen, dass dort über Reformen und Verfahren nachgedacht wird, um der Verantwortung zukünftig besser gerecht zu werden.

Unter dem Aspekt der Erneuerung diskutierte die Konferenz über die Möglich- und Wahrscheinlichkeiten, die Kongresspartei als wirkmächtige Oppositionspartei wieder zu beleben und die Opposition zu stärken. Beides wären Voraussetzungen dafür, dass eine Regierungspartei entstehen kann, deren Versprechen und Alternativen bei den zukünftigen Wähler(inne)n glaubhaft ankommen. Dazu gehört die Wiedergewinnung und Erhaltung des indischen Ethos der Vielfalt sowie der Tradition der Moderne im Sinne von sozialer Absicherung, Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Entscheidungsfindung.

Die Rückgewinnung des *Swadharma*, Rechtschaffenheit im menschlichen Handeln, ist, laut Yogendra Yadav, eine kulturelle Ressource, die Indien zu bieten hat. Die indische Zivilgesellschaft ist voller Beispiele und großer Persönlichkeiten, die im Sinne dieses Prinzips gehandelt haben und handeln. Leider haben gerade diejenigen, die so viel von indischer Tradition reden, die Hindunationalisten, just dieses Prinzip ins Gegenteil verkehrt und insbesondere Indiens Zivilgesellschaft einem rigorosen Autoritarismus unterworfen. Die BJP-Regierung hat ihre anwaltschaftlichen Tätigkeiten

behindert oder ganz verboten, wirtschaftlich ruiniert und zum Schweigen gezwungen. Mehr als 20.000 NGOs wurde die Lizenz zum Empfang von Hilfsgeldern aus dem Ausland entzogen. Die Wahlergebnisse, so die Konferenz, sollten genutzt werden, um eine Änderung anzustreben und von der BJP Rechenschaft einzufordern.

Internationale Beiträge

Ein weiterer Aspekt der Konferenz befasste sich mit der Frage, welche wirksamen Beiträge zur Erneuerung in Indien aus den internationalen Beziehungen hervorgehen können. Aus naheliegenden Gründen stand dabei der Dialog der deutsch-indischen Beziehungen im Vordergrund. Der Bundestagsabgeordnete der SPD, Thorsten Rudolph, nannte als Themen Auslandsinvestitionen, die Einbeziehung des Klimawandels in den wechselseitigen Austausch sowie Beiträge zur Neugestaltung der Sicherheitsarchitektur in Südasien. Christian Wagner von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) lenkte die Aufmerksamkeit auf die Bereiche Handel, Wirtschaft, Verteidigung, Sicherheit und multilaterale Beziehungen als Plattformen, auf denen legitimerweise über demokratische Strukturen zur Meinungsbildung und Entscheidungsfindung gesprochen werden kann. Hier können beide Nationen, Indien wie Deutschland, auf gemeinsam bespielten Plattformen bilaterale und multilaterale Formen der Kooperation so ausgestalten, dass Frieden, Sicherheit, eine Stärkung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erwachsen.

Die Konferenz über die Zukunft der indischen Demokratie (CFID) war ohne Zweifel eine solche Plattform, auf der Expert(innen) aus den Ländern wie aus dem internationalen Diskurs zur kritischen Selbstprüfung von Werten, Interessen und Entwicklungsansätzen in Indien zusammenfanden. Das Ergebnis der Wahlen hat die Chance eröffnet, demokratische Grundwerte wieder zum Leben zu verhelfen.

Die demokratische Erneuerung, die neuen Herausforderungen für Säkularismus, Vielfalt und Rechtsstaatlichkeit werden sich allerdings nicht mit der Restitution des Vergangenen begnügen können. Die Erneuerung wird nur dann gelingen, wenn bislang unterentwickelte Themenkomplexe wie Genderfragen, Kaste, Klasse und Minderheiten eine deutlich prominentere Rolle spielen und darüber deutlich mehr Mitstreiter/-innen gefunden werden. Die Wiederherstellung der Demokratie und der Schutz der säkularen Verfassung in Indien ergeben sich nicht von selbst, sondern müssen erstritten werden.

Zum Autor

Theodor Rathgeber ist verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift SÜDASIEN.

Texthinweise

Einzelne Diskussionsstränge der Konferenz werden in naher Zukunft in Schriftform über die *Lecture Series* des SAI vorliegen: https://www.uni-heidelberg.de/sai/pol/news/lecture_series_en.html.

Endnoten

¹ *Conference on the Future of Indian Democracy* (CFID), Südasien-Institut (SAI), Universität Heidelberg, Professor Dr. Rahul Mukherji (Lehrstuhl Modern Politics of South Asia, Universität Heidelberg), in Kooperation und mit Hilfe von Adivasi Koordination in Deutschland (e.V.), Evangelische Akademie Bad Boll, Evangelische Mission in Solidarität (EMS), Interkulturelles Promotor(innen) Programm Baden-Württemberg, Northeast India Forum (neif), Zeitschrift SÜDASIEN, Stiftung Vielfalt der Kulturen und anderen, anonym bleibenden Unterstützer/-innen.

² Zu den Vortragenden und ihren Beiträgen siehe die Videoaufzeichnungen der gesamten Konferenz via <https://www.youtube.com/watch?v=GdpciRYPWhe>, <https://www.youtube.com/watch?v=kXRg4M0PinI>, <https://www.youtube.com/watch?v=acaY95Uvdmo>, <https://www.youtube.com/watch?v=-KABvEKT13Q>, <https://www.youtube.com/watch?v=ISwSjdpeMLg>.

³ Siehe <https://www.v-dem.net/>.